



## **Antrag**

der Fraktion der SPD

### **Gute Bildung braucht gute Räume – Bildungsbau Schleswig-Holstein (BiBa.SH)**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, eine landeseigene, rechtlich selbstständige Gesellschaft „Bildungsbau Schleswig-Holstein“ (BiBa.SH) zu gründen und aufzubauen, die als Angebot für die Kommunen die Verantwortung für den Bau, die Sanierung und den Betrieb von Schulgebäuden in Schleswig-Holstein übernimmt.

Dabei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Die BiBa.SH ist durch das Land mit angemessenem Eigenkapital auszustatten und kann sich anschließend selbst am Kreditmarkt finanzieren.
- Grundlage für die Bau- und Sanierungsvorhaben ist ein Musterraumprogramm und ein danach zu entwickelndes Baukastensystem, so dass kostengünstige Standardlösungen möglich sind. Die darüberhinausgehenden lokalen Bedarfe und Wünsche werden in einer Phase 0 unter Beteiligung der Schulträger ergänzt.
- Nach dem Bau oder der Sanierung treten die BiBa.SH und der Schulträger in ein Mietkaufverhältnis, wobei die BiBa.SH als Vermieterin und die Schulträger als Mieter auftreten. Ziel ist, dass die umgebauten oder sanierten Gebäude langfristig wieder in Trägerhand liegen, ohne dass Verluste für die BiBa.SH entstanden sind. Die konkreten Modelle sollen flexibel nach dem Bedarf des Schulträgers gestaltet sein.
- Die BiBa.SH kümmert sich zudem um Interimslösungen während der Sanierungsphase und hält zu diesem Zweck mobile Räume vor.

In einem weiteren Schritt soll die BiBa.SH ihr Angebot auf Planung, Sanierung, Neu- und Ersatzbau von Kindertagesstätten erweitern.

Perspektivisch soll die BiBa.SH ihr Angebot auch auf die Hochschulen des Landes erweitern.

Begründung:

Dass gute Bildung gute Räume braucht, ist in der Theorie allen klar, jedoch bisher schwer umzusetzen. Alte und marode Schulgebäude und neue Anforderungen treffen seit Jahren auf leere Kassen.

Der Investitionsbedarf ist enorm. Hochgerechnet auf die 393 Grundschulen, 85 Förderzentren, 180 Gemeinschaftsschulen, 99 Gymnasien und 35 berufsbildende Schulen wird der Sanierungsstau auf 12-16 Milliarden € geschätzt. Die Förderprogramme des Landes sind wiederholt überzeichnet. Laut bundesweitem KfW Kommunalpanel 2024 gab „[r]und eine von zehn Kommunen sogar an, den Unterhalt der Schulen kaum oder gar nicht mehr gewährleisten zu können“ und „56% bewerteten den Investitionsrückstand im Bereich der Schulinfrastruktur qualitativ als mindestens nennenswert.“

Gleichzeitig gibt es räumlich neue Anforderungen zu bewältigen, wie im Arbeits- und Wärme- oder Brandschutz, durch die Digitalisierung, veränderte pädagogische und didaktische Konzepte, die Umstellung von G8 auf G9 oder den aufwachsenden Ganztags.

Die Träger haben bei der räumlichen Entwicklung gleich mit drei Schwierigkeiten zu tun, für die BiBa.SH Abhilfe schaffen kann: Erstens stehen nicht ausreichend Mittel zur Verfügung und werden keine ausreichenden Kreditaufnahmen genehmigt. Zweitens sind die Bauämter unterschiedlich groß, unterschiedlich gut ausgestattet und oft mit anderen Vorhaben ausgelastet. Drittens schließlich ist nicht überall eine gleich große Kompetenz und Erfahrung im Schulbau vorhanden, was auch nicht durch Rahmenempfehlungen aus dem Bildungsministerium ausgeglichen wird.

Die Schulträger in Schleswig-Holstein und ihre Schulen stehen also vor einer Milliarden-Herausforderung. Wir schulden es unseren Kindern, damit verantwortungsvoll umzugehen.

Auch im Bereich der frühkindlichen Bildung besteht weiterhin Bedarf an zusätzlichen Investitionsmitteln, um zu gewährleisten, dass der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz umgesetzt werden kann. Die BiBa.SH kann hier vergleichbar mit dem Schulbau die Kommunen bei Neu- oder Ersatzbau, Sanierung und Betrieb unterstützen.

Dazu kommen erhebliche Investitionsbedarfe bei den Hochschulen. Der Infrastrukturbericht 2024 weist eine Finanzierungslücke beim Hochschulbau von 629,4 Mio. Euro bis 2040 aus. Hierfür wird perspektivisch eine Lösung notwendig. Dabei kann die BiBa.SH eine zentrale Rolle einnehmen.

Martin Habersaat

und Fraktion

Beate Raudies